

Saale-Zeitung.

Zweimundwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet...

Er scheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 3 M., einmonatlich 1 M., ohne Befristung...

[Hauptredaktion mit Verlags-Druckerei, Leipzig, Magdeburger Str. 176.]

Nr. 187.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 22. April

1893.

Quirinal und Vatikan.

Die Bevölkerung der römischen Hauptstadt überbietet sich in Aufregung für das deutsche Kaiserpaar. Alle Klaffen der Nation sind des Jubels voll. Die Presse findet nicht Worte genug um den feierlichen Gast zu feiern...

Nach jüngst konnte man in ultramontanen Blättern Deutschlands die Forderung lesen, daß der römische Hof sich dem Einverständnis mit der Reichsregierung ausgesprochen werde. Dieser Protest wird nicht abgelehnt durch den Reichstag...

Es giebt Geistliche genug innerhalb und außerhalb Italiens, die nicht schüchtern mühsam als eine Ausprägung der Kurie mit der Regierung Italiens. Wiederholt sind Anglikanern von hervorragender Geistlichkeit in diesem Sinne erschienen...

Die römische Bevölkerung, die den deutschen Kaiser mit schmerzlicher Begeisterung feiert, wird würdiges Festland mit dem Vatikan nimmt, um einen Mann zu begrüßen, der das kirchliche Oberhaupt eines erheblichen Theiles der deutschen Nation ist.

Freund finden kann als in dem deutschen Kaiser. Schon wenige Monate, nachdem die italienischen Truppen in die ewige Stadt eingezogen waren, wurde der Versuch gemacht, das neue Deutsche Reich zu einer Intervention zu bewegen...

Die Festtage in Rom.

(Telegramme.)

Rom, 21. April. König Humbert empfing heute vormittag die Volkshüter und außerordentlichen Gesandten, welche seitens ihrer Staatsregierungen und Regierungen mit der Ueberbringung von Glückwünschen zur silbernen Hochzeit beauftragt sind...

Der Kaiser Wilhelm im internen heute vormittag einen Spaziergang zur Porta Maggiore hinaus zum Turm von Centocelle und der Porta Nuova und kehrte durch die Porta San Giovanni zurück. Die Kaiserin Eugenie die Viktoria besuchte mit ihrem ganzen Gefolge das Forum Trajani.

Am 2 Uhr nachmittags begaben sich die hohen Herrschaften auf den Capanale zum Derby reale. Der herrliche Wetter war hier der Zubring des Publikums ein außerordentlich großer. Der Kaiser fuhr mit dem König in einem vierhändigen Wagen, jedoch folgten zwei Wagen für die Kaiserin, die Kaiserin, die Königin, der Prinz von Neapel und der Herzog von Spoleto folgten in Kolonnen.

Nach Eintreffen auf dem Neapole nahm die hohen Herrschaften auf der königlichen Tribüne Platz. Der König Humbert und der Herzog von Neapel erklärten den Kaiserlichen Majestäten das herrliche Programm, in dessen Dittoramide die Albonerberge mit Frankfurt im Sonnenlichte leuchteten.

Die römische Bevölkerung, die den deutschen Kaiser mit schmerzlicher Begeisterung feiert, wird würdiges Festland mit dem Vatikan nimmt, um einen Mann zu begrüßen, der das kirchliche Oberhaupt eines erheblichen Theiles der deutschen Nation ist.

des italienischen Volkes an der schönen Feier, die das königliche Haus von Italien begehrt, hervor. Die vielen derselben dem feste einen weit über den Familienkreis hinausreichenden Charakter. Auch Österreich-Ungarn beglückte die Feier mit warmer Sympathie.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. April. (Orig.-Ber.) Aus im ganzen 85 Mitglieder vor heute der Reichstag zusammengetreten. Dieses Reichstagsparlament überdies am 21. April die Beschlüsse des Reichstagskommissionen den Antrag Stadthagen: der Ernennung des Reichstagsabgeordneten Stadthagen wegen angeleglicher Verlesung des § 533 des R.-Str.-G.-B. zu ertheilen. (S. 532 stellt die rechtsanwaltschaftliche Gebühren-Übertragung unter Strafe.)

Berlin, 21. April. Die Kommission des Herrenhauses zur Verachtung der Wahlrechts-Verträge hat heute in zweiter Sitzung, mit einer nicht erheblichen weiteren Aenderung an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, ihre in erster Lesung gefassten und bereits mitgetheilten Beschlüsse aufrecht erhalten und das ganze Gesetz mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen.

Berlin, 21. April. Das Magistratskollegium stimmte in seiner heutigen Sitzung den am Donnerstag von der Stadtverordneten-Versammlung gefassten Beschlüssen über die Umgestaltung des Glockenplatzes und eines Theiles der Schloßfreiheit zu.

Berlin 21. April. (Orig.-Ber.) Die durch die Presse verbreitete Mitteilung, daß der frühere deutsche General-Konstabler Dr. Michalek als vorzutragender Rath in die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes berufen sei, ist als solcher zum Nachfolger des jetzigen Chefs berufen, des Wirtl. Geh. Legationsrathes Dr. Knauer, ausserdem ist, entbehrt, wie im vorigen in eingeweihten Kreisen bekannt geworden ist, jenseitiger Begründung, Herr Dr. Michalek ist zum vortragenden Rath in der Abtheilung III des Auswärtigen Amtes, also in der juristischen Abtheilung, ernannt worden.

im Sinne eine Bagatelle gewesen wäre, wenn nicht die hemmende diplomatische Aktion des damaligen Generalkonsuls in Sanftbar...

Wie das „V. Tgl.“ erfahren haben will, müssen seit Mittwoch abend die Verhandlungen über die zwischen dem Reichstag und einzelnen Mitgliedern der...

Der Abschluß der Einmachten an Böden und Verbrauchssteuern liegt nunmehr für das Etatsjahr 1892/93 vor, und kann man demnach die Höhe der Ueberweisungen feststellen...

Als Folge Ueberweisungen kommen in Betracht die Zölle und die Zinsabgaben abzüglich 130 Millionen, die Prämien...

Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten werden sich demgemäß abgeben von der durch Nachträge zum Etat hervorgerufenen Erhöhung der Materialumlagen, um 6,4 Mill. besser stellen, als bei der Aufstellung des Etats angenommen wurde.

Dem Abgeordnetenhaus ist die Entwurf eines Gesetzes, betr. den Einfluß von Vorschlags-Einrichtungen auf das geringste Gehalt in dem Verfahren der Zwangsversteigerung, zugegangen.

Eine große Anzahl (106) Reichsanträge des Oberlandesgerichtsbezirks Braunschweig an R. B. hat in einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Eingabe die Bitte ausgesprochen: Den...

Graf Paul v. Sodenbroch schreibt heute der „Post.“ noch folgendes: „Bemerkung durch die Erklärung meines Vaters, des Prinzen Wilhelm v. Sodenbroch, erkläre ich ab, daß die...

Die Geschäftsverteilung Bromberg stellt mit, daß der hiesige Reichstag die russische Mission in der Provinz nicht mehr aufnehmen und deshalb von preussischen Staatsbehörden...

Marinensachricht. S. M. Kreuzer „Falk“ ist am 20. d. in San Paulo de Loanda eingetroffen und beabsichtigt am 26. d. nach America in See zu gehen.

Ausland.

Deutscher-Tagung. Wien, 21. April. Der ungarische Ministerpräsident Dr. Beckler hat heute eine 1 1/2 stündige Beratung mit dem Finanzminister Dr. Steinbach...

Reg. 21. April. In der Kommission für Bezirks- und Gemeindefinanzangelegenheiten beantragte Vizepräsident die Errichtung eines Preisgerichts in Zrnatana...

England. Im Unterhause wurde gestern die Home-Office-Debatte fortgesetzt. Man berichtet darüber:

Gladhstone erklärte, er beabsichtige, die Einzelberatung der Dominica-Bill auf den 6. Mai anzusetzen. Der Antrag, die Debatte heute nicht über Mittelrecht hinaus zu führen, wurde ohne Abstimmung angenommen.

Ordnung's Parlament für Irland sei nicht abzuschaffen gewesen und würde kein Beispiel für die übrige Welt der Regierung...

Im Oberhause erklärte gestern der Vizepräsident des Geheimen Rathes, Carl v. Winterfeldt, die Arbeiten der Kommission, welche mit der indischen Währungsfrage beauftragt ist, äußerten sich dem Ende. Der Bericht ist bald zu erwarten.

Frankreich. Paris, 21. April. Die Finanzkommission des Senats schickte heute das von der Kammer angenommene Budgetgesetz, betr. die Umgestaltung der Kontrolle über die Eisenbahnen ab.

Italien. Rom, 21. April. Der Papst empfing heute 500 Pilger aus Belgien. Auf eine an ihn gerichtete Begleichungsadresse erwiderte der Papst, er habe zu seinem großen Bedauern...

Ungarn. Zwischenfalls Meldung aus Petersburg zufolge, welche der „Magb. Ztg.“ zugehen, würde die deutsche Unterrichtsprache an der theologischen Fakultät der Universität Dorpat beibehalten.

Bulgarien. Nach einer Meldung aus Spezzia ist Prinz Ferdinand mit seiner Gemahlin an Bord des Lloyd-Dampfers „Amphitrite“ gestern nach Barua abgereist.

Ägypten. Nach einem gestern nachmittag bei der Regierung des Reichslandes eingegangenen Telegramm aus Kairo hat der Ägyptische D. H. Mitte Februar Rangas von dem Hauptstützpunkt der Araber am oberen Nils, exorbit. D. H. besetzt...

Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Capstadt meldet, verließen das Government des Kaplandes und der Präsident der Südafrikanischen Republik, Krüger, gestern Colesburg...

Berlin, 21. April. Der hervorragende Anthropologe und Förderer ethnographischer Forschungen Prof. Dr. Robert Hartmann ist im Krankenhaus zu Potsdam an den Folgen eines Darmkrampfes gestorben.

Unterhaltungs- und Hochschulaufsichten. Berlin, 21. April. Der hervorragende Anthropologe und Förderer ethnographischer Forschungen Prof. Dr. Robert Hartmann ist im Krankenhaus zu Potsdam an den Folgen eines Darmkrampfes gestorben.

Unterhaltungs- und Hochschulaufsichten. Berlin, 21. April. Der hervorragende Anthropologe und Förderer ethnographischer Forschungen Prof. Dr. Robert Hartmann ist im Krankenhaus zu Potsdam an den Folgen eines Darmkrampfes gestorben.

Unterhaltungs- und Hochschulaufsichten. Berlin, 21. April. Der hervorragende Anthropologe und Förderer ethnographischer Forschungen Prof. Dr. Robert Hartmann ist im Krankenhaus zu Potsdam an den Folgen eines Darmkrampfes gestorben.

Unterhaltungs- und Hochschulaufsichten. Berlin, 21. April. Der hervorragende Anthropologe und Förderer ethnographischer Forschungen Prof. Dr. Robert Hartmann ist im Krankenhaus zu Potsdam an den Folgen eines Darmkrampfes gestorben.

Unterhaltungs- und Hochschulaufsichten. Berlin, 21. April. Der hervorragende Anthropologe und Förderer ethnographischer Forschungen Prof. Dr. Robert Hartmann ist im Krankenhaus zu Potsdam an den Folgen eines Darmkrampfes gestorben.

Gefalt Adams gelegt, während die Linke für die stehende Landeshilfe steht. Der Mantel ist ein Werk des Wädinger...

Provinzial-Nachrichten.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) Das gemeinsame Fest des Königl. Oberbergamtes und des Königl. Regiments wegen Veranlassung des Salginen Sees bestimmt, daß die Gesellschaft den See in einem Umfange von 3400 Morgen durch eine Vorrichtung über Tage auf kürzestem Wege in die Salze und hierauf in die Saale leiten, den See also nicht auspumpen wird.

Quedlinburg, 21. April. (Orig.-Mitth.) Auf Grund eines Erlasses des Königl. Ministeriums war die hiesige Stadtvorstellung von der Königl. Regierung angefordert worden, die der Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.

Stierfeld, 21. April. (Orig.-Mitth.) In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurde Rechtsanwaltschaft Nemerz als unzulässig betrachtet und wurde u. a. mitgeteilt, daß die hiesige Verwaltung der Reichs- und Provinzial-Verwaltung die Aufsicht über die Wohnungszulage und Brennbedarf aufzugeben. Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten-Verammlung beschloß jedoch auf Antrag des Magistrats, in Verhandlungen über eine bezügliche Gehaltsaufhebung erst dann einzutreten, wenn die Gelder, die alljährlich die Behörde aus den Einnahmen des „Gehalts-Selbstens“ erhalten, der Stadt zu Schulden werden überwiegen werden.